

An die  
**RECHTSANWALTSKAMMER BOZEN**  
Justizpalast - Gerichtsplatz 1  
**39100 B O Z E N**

Betreff: **GESUCH UM ZULASSUNG ZUM AUSWAHLVERFAHREN MITTELS EXTERNER VERPFLICHTENDER MOBILITÄT, NACH TITELN UND KOLLOQUIUM, ZUR BESETZUNG VON 2 STELLEN ALS MITARBEITER FÜR VERWALTUNG, FUNKTIONSBEREICH B, BESOLDUNGSKLASSE B1, IN VOLLZEIT UND UNBEFRISTET.**

Der/Die Unterfertigte .....,  
geboren in ..... Prov.(.....) am .....,  
Steuernummer..... und wohnhaft in (Ort) ..... Prov.(.....)  
Straße/Platz ..... Nr..... Tel.Nr.....Tel.Mobil .....,  
E-Mail ..... PEC .....

**ersucht**

um Zulassung zur Teilnahme am im Betreff angeführten Auswahlverfahren.

Zu diesem Zweck und im Bewusstsein der strafrechtlichen Folgen bei unwahren Erklärungen und Falschbeurkundungen im Sinne des Art. 76 des D.P.R. 445/2000,

**erklärt**

im Sinne der Art. 46 und 47 des vorgenannten D.P.R., unter eigener Verantwortung,

- italienische/r Staatsangehörige/r zu sein;
- in ..... Prov.(.....) .....am ..... geboren zu sein;
- in ..... Prov.(.....) (Str./Pl.) ..... Nr. ....  
wohnhaft zu sein, Tel.Nr.....Tel.Mobil .....,
- im Besitze der politischen Rechte zu sein;
- mit einem unbefristeten Arbeitsverhältnis in Vollzeit im Dienst einer der öffentlichen Verwaltungen im Sinne des Art. 1 – Absatz 2 – des G.v.D. 165/2001 und nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen zu stehen und zwar bei:  
..... mit Rechtssitz in ..... (Str.Pl.) .....
- im Berufsbild Verwaltungsangestellter oder gleichwertig im Funktionsbereich B1 des nationalen Kollektivvertrages für öffentliche Körperschaften ohne Gewinnabsicht eingestuft zu sein;

**beziehungsweise**

- dass sein aktuelles Berufsbild ..... bei der Verwaltung ..... nicht zum Bereich der „öffentlichen Körperschaften ohne Gewinnabsicht“ gehört, sondern der rechtlichen Kategorie ..... des nationalen Kollektivvertrages ....., gemäß den beigelegten Dokumenten (Erklärung für Angestellte anderer Bereiche bei sonstigem Ausschluss erforderlich);

- die Probezeit mit Erfolg bestanden zu haben;
- bei öffentlichen Verwaltungen folgende Dienste geleistet zu haben: .....(allfällige Auflösungsgründe vorangegangener Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst angeben);
- dass keine Disziplinarverfahren gegen ihn/sie anhängig sind und dass jedenfalls in den zwei Jahren vor dem letzten Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung, auf welche sich das gegenständliche Gesuch bezieht, keine Disziplinarmaßnahmen gegen ihn/sie ergangen sind;
- dass vor der Veröffentlichung der Bekanntmachung, auf die sich das gegenständliche Gesuch bezieht, keine strafrechtlichen Verurteilungen gegen ihn/sie ergangen und keine Strafverfahren gegen ihn anhängig sind; beziehungsweise folgende strafrechtliche Verurteilungen erlitten zu haben .....
- in Besitz bzw. nicht in Besitz der Titel gem. Art. 5 des D.P.R. Nr. 487/94 zu sein, welche bei der Erstellung der Rangordnung in Hinsicht auf den allfälligen Vorrang bzw. Vorzug bei der Ernennung bei Punktegleichheit bei der Erstellung der Rangordnung geltend gemacht werden können (**bei sonstiger Nichtbewertung**);
- eine von der Herkunftskörperschaft ausgestellte Unbedenklichkeitserklärung in Bezug auf seine/ihre Versetzung am ....., Prot.Nr.....erhalten zu haben;
- dass keine Hinderungsgründe für die Erhaltung des Arbeitsverhältnisses im öffentlichen Dienst vorliegen;
- die volle körperliche Eignung, ohne Begrenzungen oder Einschränkungen, für die spezifischen Aufgaben des aktuellen Berufsbildes zu besitzen;
- nachweisliche Kompetenzen und Erfahrung im Bereich der Buchführung im öffentlichen Dienst sowie gute Kenntnisse von Informatiksystemen und PC-Benutzung aufzuweisen;
- nie vom Dienst enthoben bzw. entlassen oder abgesetzt worden sein, noch von einem anderen staatlichen Arbeitsplatz als verfallen erklärt worden zu sein, weil er/sie diesen mittels der Hinterlegung falscher oder nicht heilbare Mängel enthaltende Dokumente erhalten hat;
- den Zweisprachigkeitsnachweis B bzw., für Ladinern, den Dreisprachigkeitsnachweis B, zu besitzen;
- den Führerschein Klasse B zu besitzen;
- als Domizil bzw. Anschrift, an welche, mit voller rechtlicher Wirkung, sämtliche Mitteilungen im Zusammenhang mit der gegenständlichen Mobilitätsausschreibung zugestellt werden sollen, folgende Adresse zu benennen: .....
- sein/ihr Einverständnis zur Benutzung personenbezogener Daten zu unmittelbar mit der Durchführung des Auswahlverfahrens verbundenen Zwecken gem. G.v.D. 196/2003 und nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen zu geben;
- sich dazu zu verpflichten, jedwede Adressenänderung rechtzeitig schriftlich mitzuteilen und die Rechtsanwaltskammer im Falle der Unauffindbarkeit des Empfängers jeglicher Verantwortung zu entheben;
- alle in der Ausschreibung enthaltenen Bestimmungen vorbehaltlos und ausnahmslos anzunehmen;

- zusammen mit dem gegenständlichen Gesuch (**bei sonstigem Ausschluss**) folgende **BEIGELEGTE DOKUMENTE** zu übermitteln:
  - a) einen detaillierten Lebenslauf, vorzugsweise in EU-Format;
  - b) die von der Herkunftskörperschaft ausgestellte Unbedenklichkeitserklärung;
  - c) nicht beglaubigte Ablichtung eines gültigen Personalausweises;
  - d) eine Dienstbestätigung jüngeren Datums, bzw. eine Ersatzerklärung des Notorietätsaktes aus welcher die Einstufung des Angestellten sowie alle geleisteten Dienste hervorgehen;
  - e) Titel, die in Hinsicht auf die meritorische Bewertung als nützlich erachtet werden (**bei sonstiger Nichtbewertung**) .....;
  - f) allfällige Dokumente, die Vorrang- bzw. Vorzugstitel darstellen und jedenfalls die Dokumente, die den Besitz der Titel im Sinne des Art. 5 des D.P.R. Nr. 487/94, geändert durch das D.P.R. Nr. 693/96 und ergänzt durch Art. 3, Absatz 7, des Gesetzes Nr. 127 vom 15.05.1997, nachweisen, aus welchen die Erfüllung der Voraussetzung zum Zeitpunkt des Ablaufes der Frist, innerhalb welcher die Gesuche um Zulassung zum Wettbewerb hinterlegt werden müssen, hervorgeht (**bei sonstiger Nichtbewertung**) .....;
  - g) WEITERES (zum Beispiel, **bei sonstigem Ausschluss**, für Angestellte aus anderen Verwaltungsbereichen, eine Bescheinigung, welche die Gleichstellung des dort ausgeübten Berufsbildes mit jenem des Bereiches "öffentliche Körperschaften ohne Gewinnabsicht" belegt; Berufsbild, welches Gegenstand dieser Ausschreibung ist) .....;
  - h) vom Kandidaten/von der Kandidatin unterfertigte Liste aller eingereichten Dokumente.

.....  
Ort und Datum

.....  
Unterschrift  
(nicht beglaubigt, Ablichtung des Personalausweises beilegen)

Dem Amt vorbehalten:

Auweis: .....  
Nr. .... ausgestellt am .....